

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 7.00 M. im voraus zahlbar. Für den Versand nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 15.50 M. jährlich. Volantenaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895 und 2896.

Inserate kosten die achteig. Nonparillzeile oder deren Raum 3.20 M. zuzügl. 30% Steuerungsbeitrag. Familien- und Organisationsanzeigen die achteig. Nonparillzeile 2.40 M. netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 51 Pfg. zuzügl. 30% Steuerungsbeitrag. Stellenausschreibung, Familien- u. Organisations-Wort-Anzeigen kosten das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 51 Pfg. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895—96, 9749

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Herrschaft der Kriegsgerichte.

### Wo bleibt die Amnestie?

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet schalten und walten die Kriegsgerichte ohne jede Hemmung. Verhaftungen über Verhaftungen, Hausdurchsuchungen über Hausdurchsuchungen werden vorgenommen. Die Militärs kehren sich an keine Abmachungen. Jede Beteiligung an den Kämpfen, ganz gleich zu welchem Zeitpunkt, jedes Waffentragen ohne Rücksicht darauf, ob der Inhaber mitgekämpft hat, jede Flugblattverbreitung, jede Amtshandlung, die im Auftrag der Vollzugsräte oder des Zentralrats vorgenommen wurde, wird als Aufruhr behandelt und mit den bekannten schweren Strafen belegt.

Wir fragen demgegenüber, wo bleiben die Zusagen der Regierung, wo die für beide Teile bindenden Abmachungen von Bielefeld und Münster? Im 17. Punkt der Bielefelder Beschlüsse wird gesagt:

„Weber den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehr und den Mannschaften der Reichswehr werden Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.“

Dieser Punkt wird wohl, sofern er sich auf die Mitglieder der Polizei und Einwohnerwehr und die Mannschaften der Reichswehr bezieht, innegehalten, nicht aber, sofern es sich um kämpfende Arbeiter handelt. Weiter wurde bei den Einigungsverhandlungen in Münster die Regierung auf Grund der Bielefelder Vereinbarungen zu folgenden Verpflichtet:

„Sämtliche Straffreiheit für die bis 2. April, 12 Uhr mittags, an den Kämpfen beteiligten Arbeiter zu gewähren. Als Ausführer, im Sinne der Regierungserklärung vom 30. März gilt nur derjenige, der nach dem 2. April, 12 Uhr mittags, nach zum Zwecke des Kampfes gegen die ver-

fassungsmäßigen Organe Waffen führt oder die Waffen nicht abgeliefert hat.“

Die Verfolgung der Arbeiter durch die Kriegsgerichte erstreckt sich aber wahllos auf alle, deren man durch Denunziationen oder sonstige Mittel habhaft werden kann, ohne Rücksicht darauf, ob sie nach dem 2. April noch gekämpft oder Waffen bei sich geführt haben. Hunderte von Leuten werden täglich verhaftet und teilweise abgeurteilt, trotz ihrer energischen Berufung auf die Bielefelder und Münsterer Abmachungen. Die Militärs erklären, daß sie sich an diese Abmachungen nicht halten, da die entsprechenden Besordnungen dazu von der Regierung nicht erlassen worden seien. Für sie besteht also im Ruhrgebiet Kriegsrecht und sie üben das auch mit aller Schärfe und der ihnen eigenen Brutalität und Rücksichtslosigkeit aus.

Wenn die Regierung überhaupt noch Wert darauf legt, als vertrauenswürdiger Kontrahent von der Arbeiterseite betrachtet zu werden, so muß sie unbedingt sofort, ohne jedes Zögern, die den Münsterer und Bielefelder Abmachungen entsprechende Amnestieverordnung erlassen. Der von der Regierung eingeleitete Zivilkommissar, bei dem täglich massenweise Beschwerden einlaufen, erklärt diese, im Bewußtsein seiner Ohnmacht, als „vereinzelte Uebergriffe“. Wir fordern daher: Sofortiger Amnestieerlaß für die an den Kämpfen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beteiligten Arbeiter, Angestellten, Beamten. Entspricht die Regierung dieser Forderung nicht, so macht sie sich des Vertragsbruches schuldig und liefert den erneuten Beweis, daß sie unter der Diktatur der Militärs steht.

Auf den politischen Parteien, insbesondere auf den Rechtssozialisten und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden, lastet die volle Verantwortung wenn die Regierung nicht zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen gezwungen wird. Sie müssen sofort die Initiative ergreifen, damit die Amnestieverordnung schnellstens zur Laßsache wird.

## Räte, Partei und Gewerkschaften.

Von Paul Wegmann.

II.

Um allen Zweifeln und allen falschen Gerüchten, die in der Öffentlichkeit und verstreut über die Betriebsrätezentrale kursieren, entgegenzutreten, wollen wir unsere Aufgaben, die wir uns gestellt haben, hier nochmals kurz präzisieren:

Wir wollen alle Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin zusammenschließen und sind in dieser Arbeit bereits ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen. Diese zusammengesetzten Betriebsräte werden sich durch unsere Organisation zunächst in den einzelnen Hauptberufsgruppen (Metallindustrie für die Metallbetriebe, Holzindustrie für die Holzbetriebe usw.) zusammenschließen. Sie werden für ihre Hauptberufsgruppen auf Bollversammlungen zusammenkommen. Dort werden prozentual ihrer Stärke alle Untergruppen, die zu dieser Hauptberufsgruppe gehören, vertreten sein, sie werden sich einen geschäftsführenden Ausschuss oder Hauptausschuss wählen, der nunmehr über die entsprechenden Hauptberufsgruppen in allen Untergruppen alle Arbeiter zu erledigen hat, die in im Interesse ihrer Berufscollegen und 2. aber auch im Interesse der Fortentwicklung der sozialen Revolution notwendig sind. Aus allen Betriebsräten aller Haupt- und Untergruppen sehen sich dann Delegierte zusammen, ebenfalls prozentual ihrer Stärke, zu einer Generalversammlung der gesamten Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin. Dort sollen nunmehr alle die Arbeiter erledigt werden, die für die gesamte Industrie des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin notwendig sind. Dieser Generalversammlung stellen wir als Betriebsrätezentrale sofort unsere Mandate zur Verfügung. Für uns ist dann unsere Aufgabe gelöst, dann sollen die Betriebsräte als Beauftragte ihrer Arbeiterschaft selbst die Geschäfte der gesamten Berliner Hand- und Kopfarbeiter in die Hand nehmen. Dann glauben wir wirklich im Sinne des Rätegedankens eine Arbeit geleistet zu haben, die notwendig und für die künftige deutsche Bedarfsdeckungswirtschaft fruchtbringend sein wird.

Wenn erst in Berlin diese Aufgabe gelöst ist, dann wird auch die Antipathie im Reich gegen den „Wasserlopp Berlin“ verschwinden und dort dieselbe Arbeit vorgenommen werden müssen. Die Genossen aus der Provinz werden dann in der Berliner Betriebsrätezentrale eine vorbildliche Organisation finden und sich für die notwendigen Schritte in ihrem Bezirk informieren können. Die Geldmittel, die hierzu nötig sind, und die in Berlin bisher die opferwillige Berliner Arbeiterschaft aufgebracht haben, können vielleicht im Reich auf dieselbe Weise aufgebracht werden.

Die Notwendigkeit dieser Arbeit erkennen auch die verschiedenen Gewerkschaftsführer nicht, nur glauben sie, daß diese Arbeit den Gewerkschaften obliegt. Wir sind andererseits der Ansicht, daß gerade in der Jetztzeit die Gewerkschaften derartig viel mit den gerechten wirtschaftlichen Forderungen ihrer Mitglieder zu tun haben, daß sie sich nicht mit der notwendigen Kraft auf unsere Aufgabe konzentrieren können. Und es würde der Bewegung ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man nebenbei diese Zusammenfassung der Betriebsräte vornehmen wollte. Es würde etwas Halbes sein und damit auch einen ungünstigen Einfluß auf die notwendigen wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften ausüben. Weiter würden in den Gewerkschaften nur diejenigen Betriebsräte erfasst werden können, die Mitglieder dieser Gewerkschaften sind. Es würde also nicht der Zusammenfassung der gesamten Hand- und Kopfarbeiter dadurch erzielt werden, sondern im Gegenteil wiederum eine Teilung der Betriebsräte mit ihren ungünstigen Folgen zustande kommen. Ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaften auf Grund ihrer besonderen Aufgaben der wichtigsten Funktion der Betriebsräte, der Einwirkung auf den Produktionsprozess gar nicht gerecht werden können.

Man macht uns den Vorwurf, daß wir Mitglieder der U. S. P., nicht nur U. S. P.-Betriebsräte zusammenschließen, sondern auch R. P. D. und S. P. D. oder sogar Demokraten. Dieser Vorwurf mag vom reinen parteipolitischen Standpunkt aus berechtigt sein, vom sozialistischen ist er ganz entschieden zu verwerfen und zurückzuweisen. Man verweist auf die früheren Bollversammlungen der Berliner Arbeiterräte und auf die unlieblichen Szenen in diesen Versammlungen und glaubt damit die Haltung der Partei- und Gewerkschaftsgruppen rechtfertigen zu können.

## Die Arbeit in San Remo.

San Remo, 23. April

Das was meldet: Der Oberste Rat setzte heute die Beratung der territorialen Klauseln des Friedensvertrages mit der Türkei fort und setzte die Grenzen der europäischen Türkei fest. Bei der Prüfung der armenischen Frage erkannte der Rat auf Zuteilung von Erzerum an Armenien. Außerdem wurde beschlossen, daß die internationale Meerengenkommission an Stelle der von der Londoner Konferenz geplanten Zentralkommission die Kontrolle der Türkei übernehmen soll.

Darauf beschloß sich die Konferenz mit dem Feldzug der Bolschewisten gegen Batumi. Die französischen und die englischen Delegierten verweigerten die von den anderen Delegierten geforderte Räumung der Stadt. Daher wurde beschlossen, daß die britischen, französischen und die italienischen Streitkräfte die Stadt verteidigen sollten.

## Lloyd George gegen die Blockade Deutschlands.

San Remo, 23. April. (Reuters.)

In einer Unterredung mit Pressevertretern dominierte Lloyd George die Gespräche von einer Wirtschaftsblokkade gegen Deutschland. Ein solcher Vorschlag sei nicht gemacht worden. Es handle sich nur um Vorkriegsgerade. Die in Deutschland herrschende Lebensmittelnot sei schon groß genug. Wer der Vertrag müsse durchgeführt werden und die Alliierten müßten zusammenstehen. Deutschland, so fuhr Lloyd George fort, sei gegenwärtig zu schwach, um eine Blockade zu sein. Er stellte energisch in Abrede, daß er eine Revision des Vertrages privatim oder öffentlich vorgeschlagen haben sollte.

San Remo, 23. April. (Reuters.)

Die polnischen und estnischen Delegierten sind heute morgen eingetroffen.

## Gaillaux in Freiheit.

Paris, 23. April

Zum Urteil im Prozess Gaillaux wird ergänzend gemeldet, daß nach dem Spruch des Reichs die Gefährdung durch die Unterjochung des Reichs ist. Gaillaux wird sich daher von morgen ab auf freiem Fuß befinden. Er war bei der Urteilsverkündung nicht anwesend.

## Die Landesversammlung der U. S. P. in Sachsen.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Leipzig, 24. April.

Der schon mitgeteilte Beschluß der Landesversammlung, an der Regierungsbildung vor den Wahlen nicht teilzunehmen, wurde in einer sehr ausgedehnten Debatte vornehmlich damit begründet, daß die U. S. P. durch solche Beteiligung an einer Koalition mit den Rechtssozialisten eine gewisse Verantwortung für die Politik übernehme, die die Rechtssozialisten bis jetzt getrieben haben und auf die unsere Partei keinen Einfluß hatte. Die Rechtssozialisten wollen durch eine neue Regierungsbildung ihre Wahlen verbessern. Die U. S. P. hat aber keine Verantwortung, dazu beizutragen und den Zerwürfungsprozess der Rechtssozialisten anzuhalten. Die Wahlen müssen erst Klarheit bringen über das Stärkeverhältnis, ehe man an eine Regierungsbildung denken kann. Dann können die Bedingungen entsprechend formuliert werden.

Eine Anzahl Redner vertrat den Standpunkt, daß man schon jetzt zur Regierungsbildung sich bereit erklären müsse, man dürfe die Verantwortung nicht ablehnen im Interesse der Einheitstreu des Proletariats. Der Antrag des Landesvorstandes, sich vor den Wahlen nicht an der Regierungsbildung zu beteiligen, wurde mit 56 gegen 3 Stimmen angenommen.

In einer besonderen Resolution wurde gefordert, daß die Landtagswahlen am selben Tage wie die Reichstagswahlen stattfinden. Die übrigen Verhandlungspunkte betrafen die Vorbereitung der Wahlen, Aufstellung der Kandidatenliste für den Reichstag und Verwaltungsangelegenheiten.

Die Landesversammlung war von 65 Delegierten, 14 Vertretern der Bezirke, einem Mitglied des Landesvorstandes, einem Mitglied des Zentralkomitees der Partei, 8 Volksbeauftragten und zwei Nationalratsmitgliedern, 8 Delegierten, 8 Stimmen, recht hatten nur die Delegierten.

Weitere Todesopfer in Frankfurt a. M. Von den bei dem Bombenanschlag verletzten Personen sind noch zwei gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Getöteten auf acht, außer dem Mann, der von einem Auto überfahren wurde.





